

Die große Transformation: Zum Verhältnis von (Sozial-)Wissenschaft, Politik und Gesellschaft

Input von Prof. Patrizia Nanz

Die Transformation unserer Gesellschaft hin zur Nachhaltigkeit ist die zentrale Herausforderung unserer Zeit. Als Ziel wird die Transformation immer wieder von den vielfältigen globalen Krisen der letzten Jahre überlagert, die häufig eine sofortige Reaktion der Politik erfordern, die ihren Fokus und ihre Ressourcen in hohem Maße bilden. Seien es die Covid 19-Pandemie, die Finanzkrise von 2008, die Eurokrise oder Russlands völkerrechtswidriger Angriff auf die Ukraine – oft wird es so dargestellt, als seien dies Krisen neuen Ausmaßes, die vom Staat den Einsatz aller zur Verfügung stehender Mittel erforderten. Sprichwörtlich geworden ist diese Haltung in zahlreichen Formulierungen der letzten Jahre, von Mario Draghis berühmtem „whatever it takes“ von 2012 über die fiskalpolitische Metapher der „Bazooka“ oder die „Zeitenwende“.

In einer pessimistischen Lesart scheint der Staat hier an die Grenzen seiner Handlungsfähigkeit zu kommen. In optimistischer Deutung erleben wir eine Rückkehr eines

starken Staates, der auch im Kontext einer fortgeschrittenen Globalisierung für die hochindustrialisierten, offenen und demokratischen Gesellschaften eine unverzichtbare und schützende Funktion ausübt.

Egal, welcher Deutung man zuneigt: Vergleichen wir jedoch diese Herausforderungen mit der Transformation zur Nachhaltigkeit, so sehen wir, dass damit der Staat ganz anders herausgefordert ist: Während sich staatliche Handlungsfähigkeit in den genannten Krisen ausschließlich als kurzfristigen Reaktion zeigt, besteht die Herausforderung der Transformation zur Nachhaltigkeit von ganz anderer Art: Wie kann ein sozialer Wandel langfristig und aktiv gestaltet werden, der die positiven Eigenschaften liberaler Wohlstandsgesellschaften erhalten und resilienter gegen Krisen machen kann? In den Krisen der letzten Jahre ist ja vielmehr deutlich geworden, dass eine solche vorausschauende, gesellschaftliche Resilienz befördernde Politik jeweils gerade gefehlt hat, seien es nun die Pandemievorsorge, die außer Kontrolle geratene Finanzialisierung der Ökonomie oder eine geopolitische Stabilisierung einer multipolaren Weltordnung.

1 Einführung: Transformation

Bei aller Klärungsbedürftigkeit der Begriffe „Transformation“ und „Nachhaltigkeit“ ist die simple Wahrheit, dass wir **„über unsere Verhältnisse“ leben.**

Der deutsche „Earth Overshoot Day“ dieses Jahr fiel auf den 4. Mai. Würden global alle Menschen so leben wie die durchschnittliche deutsche Bürgerin, so bräuchten wir also drei Erden, damit unsere Ökosysteme unseren Lebensstandard verkraften können.

Ein wesentlicher Stichwortgeber für die Diskussion um „Transformation“ in Deutschland war der 2011 erschienene Bericht des Wissenschaftlichen Beirats globale Umweltveränderungen mit dem Titel „Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“.

Bezug nahm der WBGU dabei auf „The Great Transformation“, Karl Polanyis 1944 erschienene Analyse der industriellen Revolution. Die Parallele sah der WBGU darin, dass die Transformation zur Nachhaltigkeit ähnlich tiefgreifende gesamtgesellschaftliche Folgen haben werde wie die von Polanyi rekonstruierte **industrielle Revolution**.

Die Transformation dieser nicht-nachhaltigen Lebensweise und ihrer entsprechenden gesellschaftlichen Institutionen in Richtung Nachhaltigkeit hat längst begonnen. Aber welchen Verlauf sie nehmen wird, das ist völlig offen.

Wie groß die damit verbundenen Herausforderungen sind, lässt sich durch drei Aspekte der Transformation verdeutlichen:

(1) Erstens geht es um eine **grundlegende Transformation unserer Lebensweise**. Das wird aus schon den Größenordnungen deutlich – wir müssen unseren Ressourcenverbrauch um fast 70% senken. (... Und damit haben wir über die Frage einer historisch ausgleichenden Kompensation für Jahrhunderte globaler Ungerechtigkeit noch gar nicht gesprochen. Uli Brand und Markus Wissen haben die Lebensweise des globalen Nordens aus unserer Sicht treffend als „imperiale Lebensweise“ beschrieben.)

Eine **rein quantitativ orientierte Betrachtung** von Kennzahlen wie dem Earth Overshoot Day unterschätzt dabei aber, dass sich mit dem Eintritt ins **Anthropozän** auch das **Verhältnis des Menschen zum Erdsystem qualitativ** geändert hat: Wir leben nicht länger im Rahmen eines stabilen Erdsystems (wie im Holozän), sondern wir haben angefangen, diesen Rahmen selbst zu verschieben - und damit eine neue, Komplexitätsebene erreicht, die des **Planetaren**. Das wird z. B. daran deutlich, dass wir längst ernsthaft über den möglichen Einsatz von Geoengineering sprechen, also der versuchten großtechnischen Steuerung des globalen Klimas. Eine solch tiefgreifende, absichtsvolle Intervention in den planetaren Lebenszusammenhang ist in der Geschichte der Menschheit ohne Vorbild und wirft auch völlig neue ethische und politische Fragen auf.

(2) Ein zweiter Aspekt der Transformation besteht darin, **dass die Stabilität und Reproduktion unserer Gesellschaften auf Nicht-Nachhaltigkeit beruhen**. Die sozialen, kulturellen und technischen Dynamiken, die die Beschleunigungsdynamik der imperialen Lebensweise seit der industriellen Revolution angetrieben haben, lassen sich sicherlich nicht von einem Moment auf den anderen neutralisieren. Man denke nur an die kapitalistische Wachstumsdynamik und das Anspruchsniveau westlicher Wohlstandsgesellschaften.

Auch viele historische Errungenschaften wie die repräsentative Demokratie, der liberale Individualismus oder die Klassenkompromisse der sozialen Demokratie des 20. Jahrhundert sind bis heute tief mit der imperialen Lebensweise verwurzelt.

Eine wesentliche Stärke offener, liberal-demokratischer Gesellschaften liegt zwar darin, mit einem individuellen wie kollektiven **Pluralismus an Wertvorstellungen** und Lebensweisen nicht nur leben zu können, sondern sie auch in eine Quelle von Kreativität und sozialem Fortschritt zu verwandeln. Dennoch beruhten die historischen Kompromisse und Konsense in liberalen Gesellschaften für gewöhnlich darauf, dass mindestens ein Teil ihrer **Kosten externalisiert** wurde, sei es in den Globalen Süden oder auf zukünftige Generationen (vgl. Streeck 2013, Lessenich 2016).

Die Transformation muss sich also gegen die ungebremste und sich sogar weiter beschleunigende Wucht dieser Lebensweise durchsetzen. Und zugleich muss sie Wege finden, die normativen Gehalte der beschleunigten Moderne auf neuer Basis zu bewahren.

(3) Drittens **läuft uns** mit Blick auf Phänomene wie den Klimawandel oder den Verlust der Biodiversität **die Zeit davon**. Die Veränderungen des Erdsystems verlaufen nicht linear, sondern es besteht das Risiko von Kipppunkten, an denen sich bestehende Gleichgewichte plötzlich rasant in Richtung eines lebensfeindlichen Erdsystems verschieben können.

Letztlich werden die **kommenden 20 Jahre** über den Gestaltungsspielraum kommender Generationen auf einem erhitzten Planeten entscheiden – bis hin zur Möglichkeit eines „Verwüstungsanthropozäns“, in dem sich dieser Handlungsspielraum auf null reduzieren würde.

Die Transformation muss also schnell und effektiv sein. Wie Polanyi am Rande bemerkt, ist häufig „das Tempo einer Veränderung [...] nicht weniger bedeutsam als die Art der Veränderung“ (1978, 63). Er bezieht sich darauf, dass jede grundlegende gesellschaftliche Transformation Anpassungsleistungen der damit verflochtenen gesellschaftlichen Sektoren erfordert, die selbst wiederum Zeit benötigen. Wir sollten also damit rechnen, dass die Transformation alle Aspekte unserer Lebensweise und

alle Sphären und Sektoren der Gesellschaft direkt oder mittelbar betreffen wird.

2 Transformation als Gegenstand von Politik, Öffentlichkeit und Wissenschaft

Um die Gestaltung der planetaren Zukunft auch für kommende Generationen so offen wie möglich zu halten, brauchen wir also eine grundsätzliche und schnelle Transformation unserer Lebensweise.

Blicken wir nun auf **die politische Öffentlichkeit**, so zeigt sich, dass das Bewusstsein für das Problem der Nachhaltigkeit längst aus den Nischen der Nachhaltigkeitsforschung und der ökologischen Bewegung in den Mainstream der politischen Diskussion eingewandert ist. Egal ob es um das aktuelle Heizungsaustauschgesetz, den erzwungenen Verzicht auf Gas als „Brückentechnologie“ für die Energiewende oder um die Frage nach der Legitimität zivilen Ungehorsams der „Letzten Generation“ geht – bei allen politischen Meinungsverschiedenheiten bildet die Vorstellung von der Notwendigkeit einer Transformation zur Nachhaltigkeit längst den Horizont unserer politischen Diskurse. Wegmarken wie die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts 2021 zu den Rechten zukünftiger Generationen haben dies auch in der Verfassungswirklichkeit zementiert.

Selbst konservative, und sogar reaktionäre und rechtspopulistische Bewegungen, die gerade aus der Ablehnung der Transformation ihre (teilweise neue) Dynamik gewinnen, bleiben doch unmittelbar darauf bezogen und bieten keinen politischen Gegenvorschlag an, der über ein „alles soll bleiben, wie es ist“ hinaus geht. Damit ist **Nachhaltigkeit** zu einem etablierten politischen „**Rechtfertigungsregime**“ im Sinn von Luc Boltanski und Laurent Thévenot geworden, wie auch Karl-Werner Brand jüngst im *Leviathan* diagnostiziert hat.

Das wachsende politische Bewusstsein für die vom WBGU gesetzten Themen hat über das vergangene Jahrzehnt Schritt für Schritt das politische Koordinatensystem verschoben: Was früher einmal „umweltpolitische“ Fragestellungen waren, sind heute **Transformationsfragen** geworden, d.h. **Querschnittsthemen** fast jeglicher Politikgestaltung.

Diesem gewachsenen Bewusstsein für die Dringlichkeit und die Herausforderungen der Transformation steht in der politischen Öffentlichkeit allerdings eine **große Orientierungslosigkeit** gegenüber: Was bedeutet eine Transformation zur Nachhaltigkeit eigentlich? Wie könnte sie überhaupt ablaufen? Wir verfügen jenseits von Kennzahlen wie Treibhausgasbudgets, avisierten Ausbauzielen der erneuerbaren Energien oder einzelnen Narrativen über innovative lokale Nischenprojekte bisher nicht über einen **theoretischen und begrifflichen**

Rahmen, der uns die unterschiedlichen technologischen, sozialen und politischen Dimensionen der Transformation in ihrer Wechselwirkung adäquat verstehen lässt.

Dieses Problem hängt mit einem gegenwärtigen Desiderat der Sozialwissenschaften zusammen: Wie Karl-Werner Brand in dem eben bereits zitierten *Leviathan*-Beitrag richtig festgestellt hat, sind die Sozialwissenschaften bislang für ein „Verständnis dieser komplexen Transformationsdynamiken [...] noch schlecht gerüstet“ (Brand 2021a, 208)

Solange ein **gemeinsamer Rahmen** für ein solches Verständnis fehlt, neigen unterschiedliche wissenschaftliche Disziplinen und gesellschaftliche Sektoren dazu, immer stark aus ihrer eigenen idiosynkratischen Perspektive auf die Herausforderungen der Transformation zu blicken. Das führt zu problematischen Verkürzungstendenzen in der öffentlichen Diskussion. Von diesen möchten wir zwei exemplarisch herausgreifen:

(1) Erstens wird in der politischen Praxis, aber auch in weiten Teilen der Sozialwissenschaften und der politischen Theorie das Problem der Transformation zur Nachhaltigkeit weitgehend **als ein Problem auf der Ebene der *policy*-Gestaltung** behandelt. Felix Heidenreich hat dies jüngst in seiner grundsätzlichen Untersuchung des Verhältnisses von „Nachhaltigkeit und Demokratie“ noch einmal sehr klar aufgezeigt. Die

Transformation wird als etwas angesehen, das im Rahmen der politischen Institutionen und sozialen Mechanismen unserer **bestehenden** liberal-demokratischen Gesellschaften bewerkstelligt werden müsse. Transformation wird folglich gleichgesetzt mit einer Umsetzung **der richtigen politischen Programme** und technischen Innovationen, die **keine** Veränderungen auf der Ebene von *politics* und *polity* erfordern werden.

Heidenreich weist diese Grundannahme zurecht zurück und argumentiert, dass die Transformation zu einer nachhaltigen Lebensweise so grundlegende Veränderungen unserer Lebensweise erfordern wird, dass sie **nicht ohne eine Transformation unserer politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse** denkbar sind.

Z. B. werden Konsumententscheidungen oder auch grundlegende Wertorientierungen, die bislang als Privatangelegenheiten betrachtet werden, im Rahmen der Transformation zwangsläufig (re)politisiert werden müssen, um die Gesellschaft in Richtung einer „Kultur der Suffizienz“ zu bewegen. Daher müssen demokratische Institutionen nun viel stärker fähig sein, Präferenzen der Bürger:innen im politischen Prozess zu transformieren, ohne dabei aber zentral-autoritär Lebensweisen zu diktieren.

Die bloße Aggregation von Präferenzen und die Kompromissbildung nach dem Modell der liberalen Demokratie ging in der Vergangenheit häufig nur über die Externalisierung der Kosten auf zukünftige Generationen (Stichwort Staatsverschuldung) oder auf andere Weltregionen. Heidenreich stellt daher zu Recht die Frage „wie der Begriff der ‚großen Transformation‘ **politisch** gewendet werden kann [...] als Herausforderung der demokratischen Umgestaltung von Lebenswelten“ (95) . Die Herausforderung besteht also darin, Bürgerinnen und Bürger durch neue Formen der **Partizipation** in die demokratische Umgestaltung der Gesellschaft mit einzubeziehen. Sie müssen sich selbst als **selbstwirksame Mitgestalter:innen** der Transformation erfahren können. Andernfalls droht der demokratische Staat, sich in seiner Fähigkeit zur top down-Steuerung zu überschätzen – die Auseinandersetzungen um das Heizungsaustauschgesetz und das Florieren der Rechtspopulisten in den letzten Monaten haben dies eindrucksvoll gezeigt.

(2) Aber die Transformation muss nicht nur stärker politisch und demokratisch gedacht werden. Sie muss auch stärker als ein **übergreifender gesellschaftlicher Prozess** gedacht werden. Eine zweite Verkürzung des Transformationsverständnisses lässt sich an den Schnittstellen unterschiedlicher gesellschaftlicher Sektoren beobachten. Es ist klar, dass die eingangs skizzierte Herausforderung der Transformation eine

gemeinsame Mitwirkung von Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft sowie der Bürgerinnen und Bürger erfordert.

Der WBGU erklärte schon 2011 die Transformation zur Aufgabe eines „gestaltenden Staates mit erweiterten Partizipationsmöglichkeiten“. Dieser solle Anreize und Entwicklungsmöglichkeiten für andere Sektoren der Gesellschaft bieten, um zur Transformation beizutragen. Dahinter stand schon die Einsicht, dass eine politische Steuerung der Transformation nur durch eine „Anerkennung der Zivilgesellschaft und der innovativen Kräfte in Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung“ (WBGU 2011, 9) möglich sei.

So wurde auch die Energiewende von der Bundesregierung als „**Gemeinschaftswerk**“ deklariert. Um die Transformation mit demokratischer Legitimität und Akzeptanz zu unterstützen, sollten also „erweiterte Partizipationsmöglichkeiten“ geschaffen werden.

Es zeigt sich aber schon lange, dass die funktionalen Eigenlogiken der gesellschaftlichen Sektoren und die dazwischen etablierten gesellschaftlichen Schnittstellen häufig **eigene Hindernisse für die Transformation** sind. An der Schnittstelle von Wissenschaft und Politik ist z. B. der aus der Klimapolitik bekannte „Knowledge-Action Gap“ (das Gap zwischen Wissen zum Handeln) geradezu sprichwörtlich geworden: Das exponentielle Wachstum wissenschaftlich fundierten Wissens über die Klimakrise

in den letzten 30 Jahren hat eben **ganz und gar nicht** zu einer signifikanten Reduktion der Emissionen geführt.

Das hat natürlich mit den altbekannten Problemen der Schnittstelle der institutionalisierten Politikberatung zu tun (zu denen wir gleich noch kommen werden):

Wissenschaftliche Exzellenz übersetzt sich für gewöhnlich nicht unbedingt in politische Relevanz. Darauf hat die Nachhaltigkeitsforschung schon vor vielen Jahren mit zunehmend **transdisziplinären** Perspektiven reagiert: Transdisziplinäre Herangehensweisen zielen auf die Einbeziehung von nicht-wissenschaftlichen Akteuren in die Erarbeitung des Forschungsdesigns und die Durchführung des Forschungsprozesses.

Dadurch soll gewährleistet werden, dass die unterschiedlichen Wertorientierungen und Bedürfnisse bereits die Fragestellung und die Wissensproduktion informieren (Reallabore und Experimentierräume).

Aber auch solche innovativen Ansätze, die sich in der Nische der Nachhaltigkeitsforschung entwickelt haben, stießen schnell an die Grenzen, die durch die **Eigenlogiken des Wissenschaftssystems** gesetzt sind: Solange z. B. für den individuellen Karriereweg immer noch die Anzahl der Publikationen in angesehenen spezialisierten disziplinären Journals ausschlaggebend ist, sind alle Bemühungen um inter- oder transdisziplinäre Kooperation oder verstärkte Wissenschaftskommunikation in die Gesellschaft mit hohen Risiken verbunden.

Auch wenn die unterschiedlichen Schnittstellen jeweils nach sehr eigenen Logiken funktionieren, so zeigen sich doch an vielen Stellen analoge Muster:

Technische, wirtschaftliche oder soziale Innovationen, die das Potential haben, einen übergreifenden Beitrag zur Transformation zu leisten, entwickeln sich meist in einer **sozialen Nische**. Um sich tatsächlich durchsetzen zu können, müssen sich zunächst gegen die etablierten Strukturen ihres eigenen Feldes behaupten.

Selbst wenn sie dort erfolgreich sind, stoßen sie auf das weitere Problem, in einem angrenzenden Sektor ernstzunehmende und fähige Kooperationspartner zu finden.

Zugleich müssen wir berücksichtigen, dass ein Festhalten am Status Quo nicht einfach nur eine Unfähigkeit zur Transformation bedeutet. Von Seiten der Wissenschaft ist es sehr bequem, zu behaupten, dass das zentrale Problem darin bestünde, von der Politik ignoriert oder instrumentalisiert zu werden. Aber einseitiges „blaming“ führt hier in die Irre (genauso wie in die umgekehrte Richtung von Politik zur Wissenschaft). In Wahrheit riskieren in einem unproduktiven Gegeneinander von Politik und Wissenschaft *beide* Seiten, an gesellschaftlicher Glaubwürdigkeit und Legitimität zu verlieren. Wie „umstritten“ wissenschaftliche Expertise werden kann – um den Titel des vorletzten Leviathan-

Sonderbandes aufzunehmen –, hat die Covid-Pandemie eindrücklich gezeigt.

Zusammenfassend lässt sich also sagen: Eine Arbeitsteilung, die sich darauf beschränkt, immer im eigenen Funktionszusammenhang einen Beitrag zur Transformation zu erarbeiten und ihn dann über eine Schnittstelle an einen anderen Funktionszusammenhang „weiterzureichen“, wird nicht zum Ziel führen. Sie riskiert langfristig womöglich sogar einen erheblichen gesellschaftlichen Legitimitäts- und Vertrauensverlust. Es kommt daher auf die **Zusammenarbeit** an, in der neue Wege im Umgang mit funktionaler Differenzierung gefunden werden müssen.

3 Zwischenfazit

Wenn wir von „Orientierungslosigkeit“ gesprochen haben, beziehen wir mich nicht auf die Ziele der Transformation. Wir meinen vor allem die **Unklarheit**, was die Transformation für Demokratie und funktional differenzierte Gesellschaft bedeutet. Solange wir die Transformation verkürzt nur als *policy*-Problem wahrnehmen und keine Sensibilität für das komplexe Zusammenwirken der Sektoren entwickeln, werden sich die unterschiedlichen Transformationsbemühungen entweder gegenseitig unterminieren oder sogar Rückschlageffekte zeitigen, die das Funktionieren von Demokratie, Wissenschaft oder Politik beeinträchtigen.

Mit Blick auf diese Orientierungslosigkeit stimme wir Felix Heidenreichs These zu, dass die Transformation zur Nachhaltigkeit fundamentale Auswirkungen auf die Demokratie haben wird, nicht nur zu, sondern möchte sie gern ausweiten und radikalieren: Eine gelingende Transformation zur Nachhaltigkeit wird eine grundlegende Veränderung des Zusammenspiels aller Sektoren unserer Gesellschaft erfordern. Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft werden viel stärker und intensiver als bislang kooperieren müssen.

Ansätze zu dieser „reflexiven Transformation“ der Gesellschaft sind in vielen Bereichen zu finden. Als ein ursprünglich aus einem betriebswirtschaftlichen Kontext stammender Oberbegriff für Zusammenarbeit hat sich zuletzt „**Ko-Kreation**“ etabliert. Dahinter steht die Einsicht, dass deliberativ und konsensorientiert strukturierte, vertrauensbasierte Kooperationsprozesse unterschiedliche Perspektiven zusammenbringen können, die kreativere und robustere Lösungsansätze für soziale Probleme generieren.

Es ist in unseren Augen heute eine zentrale Aufgabe der Sozial- und Geisteswissenschaften, zur Herausbildung eines komplexen, aber **integrierten Transformationsverständnisses** beizutragen. Wir meinen dies aber nicht im Sinn eines quasi-technokratischen **Solutionismus**: Es geht nicht darum, aus der Beobachterperspektive unterschiedliche Modelle

oder Prognosen gesellschaftlicher Transformation zu entwickeln, um diese dann in den Dienst politischer transformativer Bestrebungen zu stellen. Wir sehen die Sozialwissenschaften vielmehr in der Rolle, die Gesellschaft über die Komplexität sozialer Wandlungsprozesse und die Grenzen technokratischer wie politischer Steuerungssillusionen **aufzuklären**. Zugleich muss diese Aufklärung angesichts der großen Herausforderungen der Transformation aber aus unserer Sicht die Gesellschaft **engagiert, ermöglichend und kreativ orientiert** sein: Sie sollte unterstützen – im Sinn von Empowerment oder „Emanzipation“ – ihre eigenen transformativen Potentiale nutzbar zu machen.

Im Folgenden wollen wir drei exemplarische Vorschläge machen, wie Beiträge zu dieser Aufgabe aussehen könnten: in der **Politikberatung**, in der **universitären Forschung** und in der sog. **Gesellschaftsberatung**. Da es uns auch um die Schnittstellen zu anderen Bereichen der Gesellschaft geht, möchte wir auch etwas dazu sagen, in welchen **institutionellen Räumen und Arrangements** sie gelingen können.

A Wissenschaftliche Politikberatung

Die klassische Schnittstelle zwischen Politik und Wissenschaft ist die der „wissenschaftlichen Politikberatung“. Da demokratische Politik wesentlich auf output-Legitimation angewiesen ist, muss sie sich um die **Sachangemessenheit** ihrer Maßnahmen

bemühen. Da sich historisch eine stetige Zunahme der Staatsfunktionen sowie eine Ausdifferenzierung entscheidungsrelevanten Wissens beobachten lässt, ist das Feld der Politikberatung über die letzten Jahrzehnte quantitativ und auch mit Blick auf seine Komplexität gewachsen (Weingart/Lentsch 2008).

Für die Transformation zur Nachhaltigkeit ist wissenschaftliches Wissen von entscheidender Bedeutung sein. Dies gilt für Wissen über naturwissenschaftliche, technische und soziale Zusammenhänge. Beispiele für solches **Systemwissen** sind Erkenntnisse über die Auswirkungen von Treibhausgasen auf die Erderwärmung, über technische Möglichkeiten zur Substituierung fossiler Energieträger oder über die Auswirkungen von CO₂-Bepreisungen auf die wirtschaftliche Entwicklung. Systemwissen wird klassisch als Gegenstand der Politikberatung angesehen.

Dagegen hat sich in der Transformationsforschung auch die Einsicht durchgesetzt, dass sich Systemwissen nicht von selbst in die Fähigkeit übersetzt, soziale Wandlungsprozesse zu gestalten. Dazu gehören auch **Wissen über normative Fragestellungen** – z. B. über Gerechtigkeitsprinzipien und ihre kontextspezifische Anwendung. Dieses wird als **Orientierungswissen** bezeichnet. Außerdem braucht es ebenfalls **Wissen über die praktische Gestaltung und Veränderung**

**von sozialen und technischen Zusammenhängen –
sog. Transformationswissen.**

Die klassische Vorstellung der Politikberatung folgt bekanntlich dem Modell „truth speaks to power“. In diesem idealisiertem Modell zeigen wissenschaftliche Expert:innen politischen Entscheidungsträgern mögliche Handlungsansätze zur Lösung von Problemen auf. Dieses Modell ist insofern auf Systemwissen als Gegenstand zugeschnitten, als dass es disziplinär und interdisziplinär aus einer **Beobachterperspektive** erarbeitet werden kann. Dagegen sind Orientierungswissen und Transformationswissen für gewöhnlich hochgradig **kontextspezifisch** und erfordern in Teilen eine Expertise, die auf Seiten von Wissenschaftler:innen allein gar nicht vorhanden ist.¹ Daher ist insbesondere hier auch die **Einbeziehung nicht-wissenschaftlicher Perspektiven** von Bedeutung.

Ein gutes Beispiel für die Schwierigkeiten der wissenschaftlichen Politikberatung bieten die **Sachverständigenräte** der Bundesregierung. Obwohl es sich dabei um ein lang etabliertes und

¹ „Um Prozesse der gesellschaftlichen Transformation einzuleiten, zu begleiten und abzuschätzen, entstehen so viele Unwägbarkeiten, die sich einer empirischen Forschung entziehen. Beispielsweise stehen schon seit längerem die Frage im Raum, wie Verbraucher:innen reagieren, wenn die CO₂-Preise drastisch erhöht werden. Die Erkenntnisse aus der Vergangenheit taugen als Erklärung nicht sehr viel, weil sich zwischenzeitlich die Umstände und Kontexte verändert haben, wissenschaftliche Forschung aber genau diese ceteris paribus-Struktur zur Ergebnisformulierung braucht.“ (Knie/Simon 2021, 488)

vergleichsweise gut institutionalisiertes und geregeltes Feld der Politikberatung handelt, läuft der Austausch häufig hohl: Diese Sachverständigenräte sind natürlich interdisziplinär zusammengesetzt und werden durch eigene Geschäftsstellen etc. organisatorisch gut unterstützt. Vom Ethikrat bis zu den Wirtschaftsweisen sind es bei konservativer Zählweise insgesamt über 60 (Weingart/Lentsch 2008). Dennoch stößt ihre Beratung schon durch ihre Zuordnung zu bestimmten Ressorts an enge Grenzen, die ihre thematisch häufig ressortübergreifende Arbeit ins Leere laufen lässt.

In der **Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030**, deren Co-Vorsitzende Patrizia Nanz bis vor zweieinhalb Jahren war, wurden seit 2018 einmal jährlich alle wissenschaftlichen Beiräte der Bundesregierung eingeladen. Zuvor gab es keine Form des regelmäßigen Austauschs. Vor einem Monat haben sie erneut getagt zum Thema „Transformation gemeinsam gestalten - Impulse aus der wissenschaftlichen Politikberatung“. Die frustrierende Einsicht der in Beiräten arbeitenden Wissenschaftler:innen ist, dass sie den Eindruck haben, dass es für eine integrierte wissenschaftliche Politikberatung keine Abnehmer gibt. Nicht weil die Regierungsmitarbeiter:innen unwillig wären, sondern weil es in der Verwaltung strukturell an Absorptionsfähigkeit für komplexe Sachverhalte fehle. Diese zerschellen gewissermaßen an den engen Zuständigkeiten der Referate und Ministerien, und der

mangelnden integrativen Herangehensweise mit Herausforderungen umzugehen. Immer mehr Beiräte sehen aber auch generell die top-down-Transformationsstrategie der Ampelregierung kritisch. Ohne die Einbindung der Gesellschaft z. B. als Nutzer:innen von neuen Gesetzen lässt sich nicht transformativ regieren. Entsprechend stößt schon die Herangehensweise an Projekte wie das Gebäudeenergiegesetz auf viel Kritik.

Ein möglicher Ausweg wäre es, nicht nur innerhalb der Wissenschaft themenübergreifend und interdisziplinär zu arbeiten. Sondern auch in der Bearbeitung von konkreten Herausforderungen bereits die beteiligten Akteure (aus Gesellschaft und Politik/Verwaltung) in die Wissensproduktion einzubeziehen, **transdisziplinär** zu arbeiten. Daraus in **kollaborativen Strukturen** gemeinsame Transformationsstrategien zu erarbeiten. Gerade mit Blick auf komplexe Transformationsprozesse bieten transdisziplinäre Herangehensweisen bessere Aussichten auf epistemisch robustere und relevantere Forschungsergebnisse (vgl. Knie/Simon 2021).

B Forschungsuniversität als Möglichkeits- und Resilienzraum

Die Nachhaltigkeitsforschung ist traditionell stark auf anwendungsorientierte Fragestellungen bezogen, da ihre Entstehung maßgeblich von der **Projektförderung**

sozialökologischer Forschung vorangetrieben wurde. Daher halte wir es für wichtig, daran zu erinnern, dass die Vorstellung transformativer Forschung nicht von vornherein bloß als angewandte Forschung betrachtet werden darf. Gerade für eine **kritische sozial- und geisteswissenschaftliche Forschung** ist die universitäre, akademische Forschung in ihrer Zweckungebundenheit und ihrem fröhlichen Neben- und Miteinander der Disziplinen ein in seiner Bedeutung nicht zu überschätzender institutioneller Raum.

Einerseits gilt das für die akademische Freiheit und die Universität als Ort der Kritik. Die Transformation erfordert nicht nur Wissen **über** die Gesellschaft – sog. Systemwissen -, sondern wesentlich auch Orientierungswissen: Also Wissen **für** die Gesellschaft, nämlich wie sich das Gemeinwohl im Sinn von Nachhaltigkeit näher bestimmen lässt. Die Transformation zur Nachhaltigkeit wirft umfassende Gerechtigkeits- und Abwägungsfragen auf, aber auch Probleme der politischen Ethik. Entsprechend braucht eine **demokratische Transformation eine intensivierete öffentliche Diskussion** über komplex interagierende und konfligierende Werte und Zielvorstellungen. Je weniger sich die Kosten von Kompromissen externalisieren lassen, desto stärker kommt es auf die diskursive Klärung von Interessen- und Wertkonflikten an. Der Luxus nicht zweckgebundener Forschung – jedenfalls, was davon noch übriggeblieben ist – verpflichtet in unseren Augen

die universitären Geistes- und Sozialwissenschaften auch darauf, zur kritischen Reflexion der Transformation beizutragen.

Aber auch aus einer weniger idealistischen Perspektive sind Universitäten für die Transformation von wesentlicher Bedeutung. Jason Owen-Smith hat (bezogen auf den US-amerikanischen Kontext) daran erinnert, dass Universitäten auch jenseits der Ausbildung des akademischen Nachwuchses, gerade durch ihre Forschung wichtige soziale und ökonomische Funktionen für ihren regionalen Kontext erfüllen, die sich einer kurzfristigen betriebswirtschaftlichen Betrachtung entziehen: Als ständig sprudelnde Quellen von neuem Wissen schaffen sie die Lösungen von Morgen, für die es heute noch gar keine Probleme gibt (biontech).

Darüber hinaus werden Universitäten zunehmend zu Hubs für komplexe Netzwerke aus Wirtschaft und Gesellschaft, in denen neue Problemlagen und Lösungsräume überhaupt erst ko-kreativ artikuliert werden. Durch die Fähigkeit von Universitäten zur Sensitivität gegenüber externen Informationen und Anliegen der Gesellschaft werden „Möglichkeitsräume“ ausgelotet – und zugleich durch innovative Ergebnisse wissenschaftlichen Arbeitens neue „Entwicklungsräume“ für Praxis und Gesellschaft eröffnet. Auf diese Weise

werden Universitäten zu Ankerpunkten regionaler (nationaler oder sogar internationaler) Transformationen.

C Gesellschaftsberatung

Ich bin der Überzeugung, dass sich nicht nur etablierte Schnittstellen zwischen Wissenschaft, Politik und Gesellschaft **verändern** müssen, wie Politikberatung oder Universitäten. Eine transformationsorientierte Gesellschaft braucht auch **neue Brücken zwischen den Sektoren**.

Bereits in den 1960er Jahren hat Jürgen Habermas (1968) vor den Gefahren einer „verwissenschaftlichten Politik“ für die demokratische Öffentlichkeit gewarnt. Je nach politischer Konstellation ist die Versuchung, kontroverse politische Entscheidungen durch Verweis auf wissenschaftliche Expertise als alternativlos zu legitimieren. Im Zusammenhang der Transformation bleibt dies ebenso eine beständige Gefahr wie die eines populistisch-dezisionistischen Ignorierens wissenschaftlicher Erkenntnisse.

Daher ist es aus unserer Sicht notwendig, an Habermas' Vision eines **revitalisierten Austauschs** zwischen Wissenschaft, Politik und demokratischer Öffentlichkeit anzuschließen. Während Habermas dabei unter dem Eindruck einer vorrangig staatlich gesteuerten Forschungsplanung an die **Rückbindung der Wissenschaftspolitik an die demokratische Willensbildung** dachte, stellt sich die Situation heute komplexer dar. Die Herausforderung besteht darin,

komplexe, langfristige und wissensbasierte Transformationsvorhaben so auf den Weg zu bringen, dass die **pluralen Perspektiven und Expertisen** unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen **von vornherein** einbezogen werden. Andernfalls besteht nicht nur die Gefahr „schlechter“ (d. h. einseitiger) Lösungsansätze, sondern auch die Gefahr, dass sich nachträglich soziale und politische Konflikte entwickeln.

Wie eine solche Integration pluraler Perspektiven jenseits lokaler Projekte aussehen kann (wie wir sie gerade kurz im Zusammenhang der transformativer Forschung skizziert habe), ist erst in Ansätzen abzusehen. Eine erste Stufe stellt dar, was vor einigen Jahren unter dem Stichwort der „**Gesellschaftsberatung**“ diskutiert wurde. Unter „Gesellschaftsberatung“ werden dabei, in Abgrenzung zur wissenschaftlichen Politikberatung, konsultative deliberative Verfahren verstanden, in denen **Bürger:innen im Austausch mit Expert:innen** an die Politik adressierte Stellungnahmen oder Empfehlungen entwickeln. Wie in der Politikberatung geht es um eine wissens-, nicht interessenorientierte Beratung der Politik. Allerdings ist ihre Basis breiter, weil sie auch **lebensweltliche** Expertise einbezieht und diese mit wissenschaftlicher Expertise vermittelt.

Zusammen mit Claus Leggewie habe wir 2016 das Konzept der „Konsultative“ entwickelt. Dahinter steht die Vorstellung, dass ergänzend zum repräsentativen

Demokratie neue Deliberationsräume für Bürger:innen geschaffen werden sollten, in denen diese grundlegende Fragen der Zukunftsgestaltung auf der Basis wissenschaftlicher Expertise bearbeiten sollten.

In den letzten Jahren hat sich dieser Ansatz vor allem im Bereich der Klimapolitik in Form von zufallsbasierten, Parlamente beratender **Bürgerräte** durchgesetzt. Den Anfang hat hier Frankreich 2019 in Reaktion auf die sog. „Gelbwesten“-Proteste gemacht.

Es hat sich hier und auch in Klima-Bürgerräten in anderen europäischen Ländern gezeigt, dass die Einbeziehung der Bürger:innen eine deutlich breitere Unterstützung für ambitionierte klimapolitische Maßnahmen zum Ergebnis hat, als Parteipolitiker:innen mit Blick auf Meinungsumfragen für gewöhnlich annehmen.

Hinter der Idee der Gesellschaftsberatung steht die Vorstellung, Expertise zu pluralisieren und zu demokratisieren. Weil die Argumentation sich an eine breitere Auswahl an Akteuren richtet, müssen alle beteiligten Akteure **Übersetzungs- und Transferleistungen** erbringen, die den Prozess und sein Endprodukt viel direkter an die medienvermittelte demokratische Öffentlichkeit zurückbindet. Schließlich sind auch das **Vertrauen und die Legitimation** der hier gefundenen Positionen in der Öffentlichkeit höher. Somit kann Gesellschaftsberatung auch dazu beitragen,

transformative Entscheidungen (z.B. das Tempolimit) vor politischer Polarisierung zu bewahren.

4 Fazit

Wenn wir den Blick in die Zukunft richten, steht unsere Gesellschaft vor einem **tiefgreifenden Transformationsprozess**. Nur so lässt sich die weitere Existenz der Menschheit im Rahmen der planetaren ökologischen Grenzen sichern.

Diese Herausforderung wird durch ein bloßes „Weiter so“ in Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit nicht gelingen. Mit Blick auf die sich in den letzten 20 Jahren abzeichnende neue Dynamik globaler und multipler Krisen, ist sogar damit zu rechnen, dass ein bloßes „weiter so“ de facto eine Regression bedeuten wird.

Liberale und demokratische Gesellschaften müssen daher für sich reflektieren und klären, wie sie diese Transformation gestalten und welche spezifischen **Handlungsweisen und Ressourcen** sie dafür mobilisieren können. Darüber wird sich auch die **Rolle sozialwissenschaftlicher Aufklärung** verändern und weiterentwickeln müssen.